

Landesschiedsgericht AfD Bayern

gericht@afdbayern.de

Datum 22.07.2015

Aktenzeichen LSG-BY 20.07.2015

Im Schiedsgerichtsverfahren
LSG-BY 20.07.2015

Werner Meier

Stv. Schatzmeister des LV Bayern der Alternative für Deutschland

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

werner.meier@afdbayern.de

Antragsteller

ohne Antragsgegner

wegen Bestellung eines Notvorstandes für den Landesvorstand des LV Bayern der
Alternative für Deutschland

hat das Landesschiedsgericht Bayern am 21. Juli 2015, durch die Richter
Monica-Ines Oppel (Vorsitzende),
Christoph Maier und
Manfred Schmidt

einstimmig beschlossen:

1. Das Verfahren wird eröffnet.
2. Dem Antrag auf Bestellung von
 1. Dirk Driesang, (Wohnort), als Landesvorsitzender
 2. Werner Meier, (Wohnort), als 1. stellv. Landesvorsitzender
 - 3. Ralf Steinmeier, (Wohnort), als 2. stellv. Landesvorsitzender**
 - 4. Andreas Strixner, (Wohnort), als Schatzmeister**
 - 5. Josef Konrad, (Wohnort), als Schriftführer**

zum Notvorstand für den LV Bayern wird stattgegeben.

Das Landesschiedsgericht der Partei Alternative für Deutschland in Bayern wird vertreten durch		
Christoph Maier	Monica-Ines Oppel	Manfred Schmidt
Richter	vors. Richter	Richter

3. Die Bestellung ist befristet bis zu einem ordentlichen Landesparteitag mit Vorstandsneuwahlen, spätestens bis zum 31. Oktober 2015.

I. **Sachverhalt:**

Am 20. Juli 2015 traten 6 der 7 Mitglieder des bay. Landesvorstandes von ihrem Amt zurück. Dabei handelte es sich um André Wächter – Landesvorsitzender -, Dr. Brigitte Stöhr – 1. stellv. Landesvorsitzende -, Thomas Lis – 2. stellv. Landesvorsitzender -, Michael Göschel – Landesschriftführer -, Stephan Schmidt – stellv. Landesschriftführer – und Jochen Seeghitz – Landesschatzmeister -.

Nach § 11 Abs. 1 und Abs. 2 der Landessatzung ist der Landesvorstand der AfD Bayern damit beschluss- und handlungsunfähig.

Der Antragsteller beantragt,

die nachfolgend genannten Personen zum Vorstand der Alternative für Deutschland, Landesverband Bayern, zu bestellen:

1. Dirk Driesang, (Wohnort), als Landesvorsitzender
2. Werner Meier, (Wohnort), als 1. stellv. Landesvorsitzender
3. Ralf Steinmeier, (Wohnort), als 2. stellv. Landesvorsitzender
4. Andreas Strixner, (Wohnort), 85305 Jetzendorf, als Schatzmeister
5. Josef Konrad, (Wohnort), als Schriftführer

Beim Antragsteller handelt es sich um den restlichen Landesvorstand (stv. Schatzmeister), soweit er nicht zurückgetreten ist, in seiner Eigenschaft als Parteimitglied.

Auf die Antragschrift vom 20.7.2015 samt Anlagen wird Bezug genommen.

II. **Begründung:**

1. Das LSG ist örtlich zuständig gem. § 9 Abs. 2 der BSchGO vom 01.02.2015. Seine sachliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 1 Abs. 4 S. 1 BSchGO.

Dies gilt auch im Fall der Bestellung eines Notvorstandes (Palandt/Ellenberger, BGB, 70. Aufl., § 29 Rn. 1, m.w.N., OLG Hamm (NJW-RR 89, 1532, 1533), Lenski, Handkommentar zum Parteiengesetz, § 11, Rn. 7 f.).

2. Die Anrufungsfrist gem. § 10 Abs. 3 BSchGO wurde eingehalten. Dies gilt auch für die Anrufung gem. (§ 10 Abs. 2 BSchGO)
3. Der Antragsteller ist in seiner Funktion als stv. Landesschatzmeister Mitglied des Landesvorstands Bayern der Partei Alternative für Deutschland und deshalb antragsberechtigt. Er hat zudem als Mitglied des Landesvorstands ein berechtigtes Interesse an der Bestellung eines Notvorstands. (§ 11 c BSchGO)
4. Die Beschluss- und Handlungsfähigkeit des bayer. Landesvorstands ist nicht mehr gegeben. (§§ 8 Abs. 1 und 10 Abs. 2 Landessatzung) Damit wird der LV Bayern nicht mehr ordnungsgemäß nach innen und außen vertreten und bewirtschaftet. (§ 9 Abs. 1-3 Landessatzung)

Die Einladung zur turnusgemäßen Neuwahl des Landesvorstands auf dem ordentlichen Landesparteitag am 11.10.2015 ist zwar noch durch den alten Landesvorstand am 15.6.2015 erfolgt. Dieser muss jedoch organisiert und durchgeführt werden, was eines beschluss- und handlungsfähigen Landesvorstandes bedarf. Darüber hinaus muss dieser so schnell wie möglich die parteiinternen Strukturen auf Kreis- und Bezirksverbandsebene wieder herstellen bzw. funktionstüchtig machen, soweit sie in Mitleidenschaft gezogen wurden durch den Rück- und Austritt einiger Funktionsträger im Zusammenhang mit der Neugründung der Partei Alfa durch den ehemaligen AfD-Bundesvorsitzenden Prof. Bernd Lucke. So hat der Landesvorstand satzungsgemäß als jeweils höherer Gebietsvorstand die Befugnis zur wirksamen Einberufung von Bezirks- und ggf. Kreismitglieder- versammlungen zwecks Nachwahl von vakanten Gebietsvorständen. (§ 11 Abs. 2 Landessatzung) Der Eintritt von Rechtsverwirrungen und unwirksamen Beschlüssen beim Fehlen legitimer Gebietsvorstände ist wahrscheinlich. Deshalb muss ein funktionstüchtiger Landesvorstand zur Vermeidung und Behebung unverzüglich eingreifen können.

In einem Telefonat am 21.7.2015 bestätigte der genannte Zeuge und Bundesvorstand Albrecht Glaser gegenüber der vorsitzenden RichterIn des LSG, dass der Bundesvorstand nicht gemäß der „Kann“-Vorschrift in § 9 Abs. 6 der Bundessatzung zu einem bayerischen Landesparteitag während der Sommerferien in Bayern zur Wahl eines beschluss- bzw. handlungsfähigen Landesvorstands einladen wird.

Das LSG setzt daher in ständiger Rechtsprechung gem. § 29 BGB analog einen Notvorstand für den LV Bayern antragsgemäß ein.

Die Amtszeit der im Antrag näher bezeichneten Personen soll nur dem Zweck dienen, die vorübergehende Beschluss- und Handlungsunfähigkeit des Landesverbands Bayern im Rechtsverkehr bis zur Einberufung eines ordentlichen Landesparteitages mit Vorstandsneuwahlen bis spätestens 31. Oktober 2015 zu beseitigen.

Zwar besteht der Landesvorstand gem. § 11 (1) Landessatzung aus 7 Vorständen, jedoch ist die gesetzliche Mindestbesetzung nach § 11 Abs. 1 Parteiengesetz gewahrt. Darüber hinaus ist mit 3 weiteren Notvorständen die Beschluss- und Handlungsfähigkeit nach § 11 Abs. 2 Landessatzung gewährleistet.

Die vorgeschlagenen Personen sind dem LSG bekannt. Aufgrund ihrer bisherigen verantwortungsvollen Tätigkeit für den bayer. Landesverband hält das LSG diese Personen für geeignet, den Notvorstand im LV Bayern zu bilden. Ihre Einverständniserklärungen hierfür liegen vor.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann der Antragsteller nach § 21 Abs. 2 BSchGO Beschwerde innerhalb von 14 Tagen nach Verkündung

Zum Bundesschiedsgericht schriftlich bei :

Alternative für Deutschland, Landesgeschäftsstelle, Postfach 12 23, 82019 Taufkirchen
bzw. Fasanenstraße 68, 82008 Unterhaching

oder per Mail gemäß (§ 8 Abs. 1 BSchGO)

geschaeftsstelle@afdbayern.de

oder direkt bei

gericht@afdbayern.de

in Textform unter Beifügung der angefochtenen Entscheidung einlegen. (§ 21 Abs. 5 BSchGO)

Die Beschwerde ist zu begründen. Bei offensichtlicher Aussichtslosigkeit der Beschwerde kann diese durch Beschluss zurückgewiesen werden. (§ 22 Abs. 5 BSchGO)

Landesschiedsgericht der AfD Bayern

Monica-Ines Oppel
(vors. Richter)

Christoph Maier
(Richter)

Manfred Schmidt
(Richter)

Das Landesschiedsgericht der Partei Alternative für Deutschland in Bayern wird vertreten durch
Christoph Maier Monica-Ines Oppel Manfred Schmidt
Richter vors. Richter Richter